



Institut für Angewandte Politische Ökonomie

# Die Transformation der EU: Von einer Wirtschafts- zur Kriegsunion?

Reinhard Fellner



**Künstliche Krisen wie Klima, Corona und der Ukraine-Krieg  
dienen der EU, um vertragswidrig eine sozialistische Zentral-  
Union statt einer Wirtschaftsunion zu etablieren – unter  
Missachtung souveräner Staaten.**



## 1. Einleitung

Die Europäische Union wurde mit dem Ziel gegründet, Frieden, Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand auf dem Kontinent zu sichern. Der Vertrag von Maastricht (1992) legte die Basis einer Wirtschafts- und Währungsunion, während spätere Verträge wie der Vertrag von Lissabon (2007) weitere integrationspolitische Schritte festschrieben. Doch aktuelle Entwicklungen, insbesondere im Kontext der Ukraine-Krise, deuten darauf hin, dass die EU zunehmend von diesen Grundprinzipien abweicht und sich in Richtung einer Kriegsunion entwickelt.

## 2. Künstliche Notlagen als Hebel zur Zentralisierung

Die Bewältigung der Klima- und Corona-Krise wurde von der EU genutzt, um ihre Kompetenzen massiv auszubauen. So wurden durch die Einführung von Notfallfonds und Schuldenmechanismen die Prinzipien der Maastricht-Kriterien (Stabilitäts- und Wachstumspakt) weitgehend ignoriert. Nun dient der Russland-Ukraine-Krieg als neues Instrument, um eine supranationale, zentralistisch gesteuerte Union voranzutreiben. Die Vertragsgrundlage der EU, insbesondere der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), sieht jedoch keine militärische Union oder eine supranationale Schuldenaufnahme vor.

## 3. Schuldenunion als Vorstufe zur Kriegswirtschaft

Mit der Einigung auf die "Next-Generation-EU"-Fonds wurde erstmals eine Vergemeinschaftung von Schulden beschlossen, die ursprünglich zur wirtschaftlichen Erholung nach der Corona-Pandemie gedacht war. Diese Mechanismen werden nun weiter ausgebaut, um eine Kriegswirtschaft zu finanzieren. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen plant, die „Spar-Union“ einzuführen, um durch den Zugriff auf die privaten Spareinlagen der EU-Bürger Investitionen in die Rüstungsindustrie zu ermöglichen. Dies stellt nicht nur einen massiven Eingriff in das private Vermögen dar, sondern untergräbt auch das traditionelle Bankgeheimnis und nationale Haushaltskompetenzen.



### **4. Digitale Kontrolle und Aufweichung der Stabilitätskriterien**

Ein weiteres Instrument zur Kontrolle der Finanzströme ist die Einführung eines digitalen Euro, mit dem die EU in Echtzeit über die Vermögenswerte der Bürger informiert sein könnte. In Verbindung mit der geplanten Aufweichung des Stabilitätspakts könnten die Maastricht-Kriterien endgültig obsolet werden. Dies eröffnet der EU die Möglichkeit, neue Schulden für die Kriegswirtschaft aufzunehmen und nationale Budgethoheiten weiter zu untergraben.

### **5. Militarisierung der EU und Aufweichung nationalstaatlicher Souveränität**

Neben der finanziellen Umstrukturierung geht die EU auch auf militärischer Ebene neue Wege. So sollen 150 Milliarden Euro als Kredite an Mitgliedsstaaten für Rüstungsbeschaffungen vergeben werden. Noch gravierender ist die geplante Umleitung von Mitteln des Kohäsionsfonds, der ursprünglich zur Förderung wirtschaftlicher und sozialer Konvergenz in der EU geschaffen wurde, in den Rüstungsbereich. Zudem gibt es Bestrebungen, einen gemeinsamen Oberbefehlshaber einzusetzen, der nationale Streitkräfte zentral koordinieren soll – ein gravierender Eingriff in die Souveränität der Mitgliedsstaaten, insbesondere der Neutralität Österreichs.

### **6. Demokratische Defizite und außerparlamentarische Umsetzung**

Diese massiven Veränderungen werden weitgehend ohne demokratische Debatte durchgesetzt. Bürger und nationale Parlamente werden vor vollendete Tatsachen gestellt. Ein Beispiel hierfür ist die Aufhebung der Schuldenbremse in Deutschland, die ohne breite politische Diskussion erfolgte. Die Ermächtigung zur Kreditaufnahme von einer weiteren Billion Euro zu militärischen Zwecken zeigt, dass der Weg in eine Kriegswirtschaft längst geebnet wurde.

### **7. Fehlende Friedensinitiativen und Neutralitätsverlust**

Statt diplomatische Lösungen anzustreben, setzt die EU auf Militarisierung und wirtschaftliche Eskalation. Selbst traditionell neutrale Staaten wie Österreich beteiligen sich an EU-Sanktionen und an der militärischen Unterstützung der Ukraine.



Anstatt Friedensinitiativen zu fördern oder ein neutrales Sicherheitssystem außerhalb der NATO zu entwickeln, erfolgt eine Gleichschaltung der EU-Staaten in militärische Strategien.

### **8. Kriegsvorbereitungen und russische Interessen: Eine realistische Einschätzung?**

Die aktuelle militärische Aufrüstung Europas basiert auf der Annahme eines möglichen russischen Angriffs. Doch wie realistisch ist dieses Szenario wirklich?

Während Donald Trump betont, dass er sich mit Wladimir Putin gut verstehe, bleibt Russland in den USA traditionell als Gegner verankert. Auch NATO-Generalsekretär Mark Rutte vertritt eine kritische Haltung. Dennoch lohnt es sich, einige Aspekte genauer zu betrachten:

- Die Ukraine hat nach 2014 die russische Sprache als Amtssprache abgeschafft, obwohl ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung russischsprachig ist.
- Die Maidan-Revolution wurde durch ausländische Einflüsse mitgesteuert, und rechtsextreme Gruppierungen spielten dabei eine Rolle.
- Westliche Konzerne, insbesondere der US-Agrargigant Cargill, haben große Teile ukrainischer Agrarflächen übernommen.
- Die USA und Großbritannien waren bereits militärisch in der Ostukraine präsent und zogen nach Kriegsbeginn ungehindert ab.

Russland hat seine zentralen Interessen erreicht: die Annexion der Krim sowie die Kontrolle über die Oblaste Donezk, Luhansk und Saporischschja. Ein weitergehender Krieg mit der NATO wäre für Moskau ein unkalkulierbares Risiko. Zudem könnte der Wiederaufbau einer zerstörten Ukraine allein dem Westen überlassen bleiben.

Der Westen hätte 2022 bei den Istanbul-Verhandlungen einen Waffenstillstand unterstützen können, entschied sich jedoch dagegen.

Die Behauptung, Russland strebe eine weitere Expansion an, dient vor allem als Rechtfertigung für eine militärische Zentralisierung Europas – ein Vorwand, der insbesondere von bestimmten politischen Lagern und Experten vorangetrieben wird.



### 9. Fazit

Die EU entfernt sich zunehmend von ihren ursprünglichen Prinzipien und entwickelt sich zu einer supranationalen Kriegsunion. Die Umgehung demokratischer Prozesse, die schleichende Einführung einer zentralistischen Schuldenunion und die Militarisierung der Mitgliedsstaaten sind alarmierende Zeichen. Während die Bürger Frieden fordern, wird die Union von nicht gewählten Akteuren in eine Richtung gesteuert, die mit den Grundsätzen der europäischen Verträge unvereinbar ist. Es bleibt abzuwarten, ob diese Entwicklungen auf breiten Widerstand stoßen oder ob sich die EU endgültig von einer Wirtschafts- zu einer Militärunion wandelt.

Der Zeitpunkt ist gekommen, die EU-Bürger zu befragen, ob sie diese Entwicklung mittragen und zustimmen.